POST AUS BERLIN

29. April 2016

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

die Anschläge von Paris und Brüssel zeigten uns schmerzlich, auch Europa steht im Fadenkreuz des Terrorismus. In solchen Extremfällen sollte die Bundeswehr die Polizei unterstützen können. Deshalb müssen wir – mit kühlem Kopf – auch über einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren bei Extremfällen reden. Von Denkverboten – wie sie die SPD anstrebt – halte ich nichts! Mehr zu diesem Thema und meine Rede dazu finden Sie auf Seite 2.

In dieser Sitzungswoche haben wir in erster Lesung die Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung beraten. Leider gibt es Gesetzeslücken, weshalb nicht jede Vergewaltigung bestraft wird. Die Änderungen im Sexualstrafrecht sind daher notwendig und überfällig! Für die Zukunft muss gelten: Nein heißt Nein! Auch das Grapschen – wie etwa in der Silvesternacht 1000fach passiert – muss künftig strenger bestraft werden können. Bei dem Gesetzentwurf besteht noch großer Verhandlungsbedarf.

Auf das bevorstehende Wochenende freue ich mich besonders, da mit den vielen Festen zum 1. Mai wieder unsere bayerische Brauchtumspflege im Vordergrund steht.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende!

Herzliche Grüße

Ihre





Neues aus dem Netz



Tracht, Tradition und Tanz beim 95. Gründungsfest der Aubinger Trachtler gestern Abend - mit Schirmherrin Barbara Kuhn







Julia Obermeier hier: ♥ Deutscher Bundestag. 25. April

Zwei Wochen begleitet Major Thomas Spranger im Rahmen eines Führungspraktikums der Führungsakademie der Bundeswehr meine parlamentarische Arbeit Berlin.



Keine Denkverbote – Einsatz der Bundeswehr im Innern im Extremfall

Julia Obermeier MdB sprach sich im Deutschen Bundestag für eine offene Diskussion aus: "Die Bundeswehr muss für neue Bedro-

gewappnet hungen sein. Hier mahnen die Terroranuns schläge vom Paris und Brüssel. Wir müssen über die Möglichkeiten eines Einsatzes der Bundeswehr im Inneren im Falle solcher Katastrophen nachdenken. Und zwar jetzt, mit kühlem Kopf, bevor eine extreme Gefährdungssituation eingetreten ist".



Meine Rede zum Bericht des Wehrbeauftragten können Sie hier sehen: http://bit.ly/1r0Zt2r

Dies sei trotz der aktuell hohen Belastung der Bundeswehr notwendig. Seit Beginn der Legislaturperiode haben neue sicherheitspolitische Herausforderungen neue Verpflichtungen für die Soldaten der Bundeswehr mit sich gebracht, wie beispielsweise die Ausbildungsmission im Irak, den Anti-IS-Einsatz in Syrien, die Mittelmeermission EUNAVFOR MED Sophia oder auch die NATO-Speerspitze sowie die Flüchtlingshilfe.

"Daher ist es fast erstaunlich, dass 2015 beim Wehrbeauftragten 300 Eingaben weniger eingegangen sind als im Vorjahr", hob Obermeier mit Blick auf dessen Jahresbericht 2015 hervor.

Viele dieser Eingaben betreffen die materielle Ausstattung der Bundeswehr. Hier sei jedoch eine Trendwende eingeleitet worden, sowohl

materiell als auch finanziell: "Es ist eine gute Nachricht, dass der Verteidigungshaushalt im Jahr 2017 um 6,8 Prozent ansteigen wird;

denn unsere Sicherheit und die Sicherheit der Einsatzkräfte sind das wert. In diesen unsicheren Zeiten braucht die Bundeswehr eine moderne und bedarfsgerechte Vollausstattung."

"Die Bundeswehr braucht auch gute Köpfe", so Obermeier. Viele Eingaben

beim Wehrbeauftragten betreffen auch die Personallage. Aktuell sind 8.000 Stellen unbesetzt. Die Verteidigungspolitikerin wies jedoch darauf hin, dass mit der Agenda Attraktivität ein guter Weg beschritten werde: "Wir werden künftig noch mehr tun müssen, um Personal zu gewinnen und zu halten. Oft sind es hier die kleinen Dinge, die den Unterschied machen- wie die Verbesserungen bei der Feldpost oder beim Internet im Einsatz."

"Wir brauchen eine starke Bundeswehr. Personal und Material sind hierfür entscheidend. Das gehen wir an, damit unsere Soldatinnen und Soldaten nicht weiter belastet, sondern entlastet werden", so das Fazit Obermeiers.



Münchnerinnen und Münchner zu Gast in Berlin

Herzlichen Dank für den Besuch



Auch im April machte sich wieder eine Gruppe Münchnerinnen und Münchner auf den Weg nach Berlin, um mich in der Bundeshauptstadt zu besuchen. Berlin begrüßte die Besucherinnen und Besucher mit strahlendem Sonnenschein. Ein perfektes Wetter um die Stadt an den politischen Gesichtspunkten zu erkunden.



Diskussion über die aktuelle politische Lage unseres Landes in den Räumen des Deutschen Bundestages.

Neben Besuchen im Bundesverteidigungsministerium und im Deutschen Bundestag setzte sich die Gruppe im Stasi-Museum und an der Gedenkstätte Berliner Mauer auch mit der DDR-Vergangenheit auseinander.

Auch diesmal durfte der Besuch der bayerischen Landesvertretung in Berlin und ein gemeinsames Mittagessen im zünftigen Bierkeller der Vertretung nicht fehlen.



Der Bierkeller im historischem (Bank-) Gebäude der Bayerischen Landesvertretung in Berlin. Früher war hier der Tresorraum untergebracht.

Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsstaaten ausweiten -

bereits die Debatte wirkt sich auf die Herkunftsländer aus



Julia Obermeier MdB: "Die Einstufung der Länder Algerien, Tunesien und Marokko ist dringend notwendig, um die Flüchtlingskrise zu be-

wältigen und die Verfahren weiter zu beschleunigen! Abgelehnte Asylbewerber aus diesen Ländern müssen umgehend zurückgeführt werden."

Der Gesetzgeber kann ein Land als sicheren Herkunftsstaat einordnen, wenn das dortige System keine staatliche Verfolgung befürchten lässt und Menschen vor nichtstaatlicher Verfolgung schützt. Die Asylverfahren können dann beschleunigt durchgeführt werden. Gleichwohl durchlaufen auch Personen aus sicheren Herkunftsländern ein individuelles Asylverfahren.

Die Wirkung der Maßnahme ist statistisch belegt: Seit die Staaten des westlichen Balkans zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt wurden, sank die Zahl der Asylbewerber von dort drastisch. Nun sollen auch die Maghreb-Staaten Algerien, Tunesien und Marokko als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden. Zu erwähnen ist, dass bereits die Debatte um eine Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten, die Flüchtlingszahlen aus dem Maghreb erheblich verringert hat. Bedenken kommen allerdings noch von rot-grüner Seite aus dem Bundesrat.

Der Westbalkan als Vorbild

Auf Drängen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurden 2014 zunächst die Westbalkanstaaten Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt. Im

Herbst 2015 folgten **Albanien, Montenegro** und das Kosovo.

Die Abschreckungswirkung ist eindeutig. Seit sie kaum noch Aussicht auf einen Schutzstatus in Deutschland haben, kommen nur noch vereinzelt Asylbewerber aus diesen Ländern. Angesichts der seit Ende 2015 ansteigenden Migrantenzahlen aus Algerien, Tunesien und Marokko beschlossen die Vorsitzenden der drei Koalitionsparteien CDU, CSU und SPD im November, den Kreis der sicheren Herkunftsstaaten auch auf diese Länder auszuweiten.

Lange Blockadehaltung der SPD

Jedoch hat der Koalitionspartner lange die Einbringung des Gesetzesvorhabens in den Bundestag verzögert und blockiert. Die SPD hat ihre Blockadehaltung jetzt endlich aufgegeben und wir konnten das Gesetz in erster Lesung im Bundestag beraten.

Unverständlicherweise drohen uns nun aber die rot-grün regierten Länder das Vorhaben im Bundesrat zu blockieren. Dennoch werden wir hier am Ball bleiben!

Abgelehnte Asylbewerber konsequent zurückführen

Die Anerkennungsquoten für Asylbewerber aus den Maghreb-Staaten sind sehr gering, bei Algerier liegt diese z.B. bei 1,7 Prozent. Deshalb ist es notwendig, nicht berechtigte Asylbewerber, umgehend wieder in die Herkunftsländer zurückzuführen.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière gelang es auf einer Reise in die betreffenden Länder Anfang März 2016, die Maghreb-Staaten zur Kooperation bei der Rücknahme von Migranten zu bewegen.



Aubinger Schülerin besucht Julia Obermeier MdB

Am diesjährigen "Girls'Day" begleitete die 14-jährige Schülerin Lea aus Neuaubing einen Tag lang die Bundestagsabgeordnete Julia Obermeier im Deutschen Bundestag. Neben Gesprächen mit der Abgeordneten und ihren Mitarbeiterinnen, lernte Lea auch die Liegenschaften des Deutschen **Bundestages** kennen und besuchte eine Plenardebatte.

Hintergrund des "Girls'Day" ist der Aufruf an alle Mädchen, einen Tag in Berufe zu schnuppern, in denen immer noch wenige

Frauen arbeiten. Dazu zählt auch die Tätigkeit als Politikerin. Lediglich 36 Prozent Frauenanteil kann der Deutschen Bundestag vorweisen. Zu wenig, findet die CSU-Bundestagsabgeordnete Julia Obermeier, die gerne junge Mädchen ermutigen möchte, sich aktiv an der Politik zu beteiligen.

"Der "Girls'Day" ist eine tolle Möglichkeit für junge Mädchen, mehr über die eigenen Fähigkeiten und Interessen zu erfahren und erste Kontakte für die Zukunft zu knüpfen", betont Obermeier, die darin auch einen wertvollen Beitrag zu mehr Chancengleichheit sieht.



Die 14-jährige Lea zusammen mit der Abgeordneten Julia Obermeier auf der Kuppel des Reichstags..

Nicht nur in der Politik, so Obermeier, auch in der Wirtschaft und an den Universitäten sei weiterhin ein deutlich höherer Männeranteil in den führenden Positionen zu erkennen. Obwohl Frauen oft eine bessere Ausbilmitbrächten, dung hätten sie dennoch andere Hürden als Männer zu überspringen.

Vernetzung spiele in ihren Augen beim Thema Chancengleichheit eine entscheidende Rolle.

"Daher begrüße ich es sehr, wenn sich Frauen gegenseitig

unterstützen. Es war toll, Lea in Berlin zu haben und ihr einen kleinen Eindruck von meiner Arbeit geben zu können."

Aber auch die Jungen müssen nicht traurig sein, denn am selben Tag findet auch der "Boys'Day" statt. Hier sollen junge Männer Berufe kennenlernen, in denen der männliche Anteil der Arbeitnehmer unter 40 Prozent liegt.

Mehr Informationen zum Hintergrund des Girls'Day beziehungsweise Boys' Day finden Sie hier: http://www.girls-day.de/http://www.boys-day.de/



Die Gute Nachricht!

Hopfen und Malz, Gott erhalts!

Zum 500. Jubiläum des Reinheitsgebotes am 23. April 2016 lassen sich erneut Spitzenwerte rund ums Thema Hopfen und Malz aus Deutschland vermelden.

Wie das Statistische **Bundesamt** mitteilte, wurden 2015 in 1.388 deutschen Brauereien rund 88 Mil-



lionen Hektoliter Bier (ohne alkoholfreies Bier) hergestellt. Die Spitzenreiter kamen wie könnte es anders sein – aus Bayern, wo sich fast die Hälfte der Brauereien (626) befand und mit rund 23 Millionen Hektoliter auch das meiste Bier gebraut wurde. Platz zwei ging an Baden-Württemberg mit 190 Brauereien und rund 6 Millionen Hektoliter Bier Brauleistung, gefolgt von Nordrhein-Westfalen, wo in 125 Betrieben mit rund 20 Millionen Hektoliter die zweithöchste Menge Bier in einem Bundesland gebraut wurde.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Deutsche Wirtschaft wächst weiter -Erwerbstätigkeit auf Rekordniveau.

Die deutsche Wirtschaft wächst weiter kräftig. Die Bundesregierung hält an ihrer positiven Prognose fest und erwartet in ihrer Frühjahrsprojektion einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von real 1,7 Prozent im Jahr 2016 und 1,5 Prozent im Jahr 2017.

Ausschlaggebend für das erneute Wachstum ist vor allem die starke Binnennachfrage. Sie führt auch zu einem insgesamt besser austarierten Wachstum und sorgt gleichzeitig bei unseren Handelspartnern für positive Impulse. Ebenso profitiert davon der deutsche Arbeitsmarkt, der sich weiterhin sehr gut entwickelt und den positiven Trend fortsetzt. So wird für 2016 einen Anstieg der Erwerbstätigkeit um 480.000 Personen und im nächsten Jahr um 350.000 Personen auf das Rekordniveau von 43,9 Millionen Erwerbstätigen erwartet.

(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie)





Gerne bin ich für Sie da!

Bürgerbüro Julia Obermeier MdB Ranertstraße 8 81249 München

Bitte vereinbaren Sie einen Termin:

Tel: 089/893 990 99 Fax: 089/893 991 00

julia.obermeier.wk@bundestag.de



Hier erreichen Sie mich

Meine Website: www.julia-obermeier.de



Folgen Sie mir auf Twitter: @Julia Obermeier



Auf Facebook: Julia Obermeier

Schreiben Sie mir eine E-Mail: julia.obermeier@bundestag.de

Julia Obermeier vor Ort

01.05.2016 – 10.00 Uhr Maibaumfest Fasslclub Lochhausen, Feldgottesdienst.

01.05.2016 – 13.00 Uhr Fest zum Maibaumaufstellen in St. Markus Neuaubing, Teil-

nahme am Festumzug zusammen mit der CSU Aubing.

02.05.2016 – 19.00 Uhr Rednerin beim CSU Ortsverband Isarvorstadt: "Deutschlands

sicherheitspolitische Herausforderungen", Palaiskeller im Hotel

Bayerischer Hof, Promenadepl. 2-6, 80333 München.

04.05.2016 – ab 14.00 Uhr Bürgersprechstunde, Bürgerbüro München, Ranertstraße 8,

81249 München. (Um Anmeldung wird gebeten.)

